

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE

Kohle-Aktionstag 29. September 2010

**Rede bei den RAG-Betriebsversammlungen in Ibbenbüren, Marl, Bottrop und
Kamp-Lintfort**

Es gilt das gesprochene Wort.

Glück auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, guten Morgen meine Damen und Herren,
heute machen Bergleute aus allen deutschen Steinkohlebetrieben deutlich: Abgemacht ist
abgemacht. Wir bestehen darauf, dass die Kohle-Vereinbarungen von 2007 eingehalten
werden.

Wir tun das nicht nur bei fünf Betriebsversammlungen. Wir zeigen auch in Brüssel Flagge.
1.200 Kolleginnen und Kollegen aus allen Betrieben sind bereits zur großen Kundgebung
des Europäischen Gewerkschaftsbundes unterwegs. Auch ich werde heute Nachmittag dort
sprechen.

Meine Botschaft wird dort ebenso klar sein wie hier: Wir haben 2007 einem schmerzhaften
Kompromiss zugestimmt. Den lassen wir uns von der EU-Kommission nicht ohne Not kaputt
machen. Jetzt muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass er nun auch umgesetzt werden
kann.

Lasst mich die wichtigsten Punkte des Kohle-Pakts von 2007 noch einmal zusammenfassen:

1. Der deutsche Steinkohlenbergbau soll 2018 auslaufen.
2. 2012 wird der Bundestag überprüfen, ob es bei dieser Entscheidung bleibt.
3. Die Anpassung erfolgt sozialverträglich, keiner fällt ins Bergfreie.
4. Die RAG-Stiftung organisiert den Börsengang des weißen Bereichs, der heutigen
Evonik. Aus den Erlösen werden die Ewigkeitskosten des Bergbaus finanziert.

Wir haben 2007 die Sozialverträglichkeit und die Revisionsklausel durchgesetzt.

Die Politik trägt die Verantwortung, über solche Fragen zu entscheiden. Sie trägt aber auch
die Verantwortung, dass diese Abmachung gültig bleibt.

Kolleginnen und Kollegen, was glaubt die Politik eigentlich, was wir uns noch alles zumuten
lassen? Erst nötig sie den Bergleuten ab, den ersten Nagel in den Sarg für den deutschen
Steinkohlenbergbau zu schlagen. Und nun will sie uns per Fußtritt noch schneller ins Grab
befördern. Nicht mit uns!

Denn nichts anderes bedeutet der Vorschlag für eine neue Beihilferegulierung, den die EU-
Kommission am 20. Juli vorgelegt hat. Spätestens im Oktober 2014 müsste nach dem Willen
der EU-Kommission das letzte Bergwerk geschlossen werden.

Gemeinsam mit eurem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Ludwig Ladzinski und eurem
Arbeitsdirektor Peter Schrimpf habe ich in der letzten Woche Bergbaugewerkschaften in
Polen, Ungarn und Spanien besucht, und wir haben dabei auch Vertreter von Arbeitgebern
und Regierungen getroffen.

Ergebnis all dieser Gespräche ist: Der Kommissionsvorschlag nutzt niemandem. Der
Verordnungsentwurf hilft weder den Kohle-Ländern Deutschland, Polen, Spanien und
Ungarn, noch den Nicht-Kohle-Ländern in der EU.

Da hat sich am grünen Tisch in Brüssel eine unheilige Allianz aus Subventionsgegnern, Wettbewerbs-Radikalen und Klima-Hardlinern durchgesetzt. Ideologie vor Sachverstand und vor sozialer Verantwortung.

Denn die Kohle-Beihilfen stören den Wettbewerb innerhalb der EU überhaupt nicht. Allenfalls den mit Südafrika, Australien oder Russland.

Und dem Klima nutzt der Kommissionsplan genau so wenig. Denn statt deutscher Kohle wird dann Importkohle eingesetzt. Nicht ein Gramm CO₂ würde eingespart, wenn heute der gesamte europäische Steinkohlenbergbau stillgelegt würde.

Das steht übrigens auch in der Folgenabschätzung, die die EU-Kommission selbst ihrem Verordnungsentwurf angefügt hat. Warum berücksichtigt die Kommission diese Erkenntnisse dann bei ihrem Vorschlag nicht? Geht es etwa nur nach der persönlichen Gesinnung einiger Kommissare?

Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man sagen: Herzliche Grüße aus Absurdistan.

Das einzige, was die Kommission mit ihrem Plan erreichen würde, wären sozialer Kahlschlag und gesellschaftliche Konflikte in vielen EU-Mitgliedstaaten.

Die wachsende Europa-Verdrossenheit würde dann in eine Anti-Europa-Stimmung umschlagen. Und das ausgerechnet bei den Bergleuten. Die waren mit der Montan-Union an der Spitze der Bewegung, als es um die Gründung der Europäischen Gemeinschaft ging.

Doch jetzt will die Kommission einen Scherbenhaufen anrichten. Mit ihrem Vorschlag zerschlägt sie einen Konsens, der auf sozialverträgliche Weise und in einem klar definierten Zeit- und Finanzrahmen die Subventionen absenkt. Ich frage mich: Wie weit weg von den Menschen muss man eigentlich sein, wenn man eine solche vorbildliche Regelung ohne Not kaputt machen will?

Wir sind natürlich seit dem 20. Juli nicht untätig gewesen. Wir haben eine Vielzahl von Kontakten aufgenommen, Sachargumente ausgetauscht und viele Gespräche geführt. Nicht ohne Erfolg. Die Unterstützung für unsere Forderungen wächst. Auch dank Eurer Bemühungen vor Ort.

Abgeordnete aus Stadt- und Gemeinderäten, Kreistagen, Landtagen, dem Bundestag und dem Europaparlament setzen sich dafür ein, dass die deutsche Regelung gesetzestreu umgesetzt wird. Der SPD-Europaabgeordnete Bernhard Rapkay als zuständiger Berichterstatter im Europaparlament teilt unsere Position. Das Europaparlament wird in dieser Sache nur angehört. Auch aus den Kirchen erfahren wir viel Ermutigung.

Ich habe mit der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger und Arbeitsminister Guntram Schneider eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Hannelore Kraft hat die Fraktionsvorsitzenden für die Kohle mobilisiert. Die Landtage des Saarlandes und von Nordrhein-Westfalen haben sich mit großer Mehrheit für die deutsche Kohle-Vereinbarung ausgesprochen. Und letzten Freitag hat der Bundesrat auf Antrag Nordrhein-Westfalens die Bundesregierung aufgefordert, das deutsche Gesetz wie geplant umzusetzen.

Nur eine Partei verweigert sich hartnäckig: Die FDP. Herr Papke, der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion in NRW, hat dafür eine eigenartige Begründung: Man solle den Bergleuten keinen Sand in die Augen streuen. Wie soll ich denn das verstehen? Wer auf Einhaltung von Recht und Gesetz besteht, streut den Bergleuten Sand in die Augen? Und solche Sprüche kommen ausgerechnet von der Partei, die sich selbst gern mit dem Etikett Rechtsstaatspartei schmückt.

Wer ist schon Herr Papke, könnte man fragen. Viel schlimmer ist das Verhalten von Bundeswirtschaftsminister Brüderle. Sein Ministerium ist zuständig für Wettbewerbsfragen.

Wir haben ihm und seinen Beamten über ein Jahr in den Ohren gelegen, dass in Brüssel eine neue Beihilferegulation kommen muss. Wir haben ihn mehrfach öffentlich gemahnt: Machen sie die deutsche Kohle-Vereinbarung europafest.

Viel geschehen ist offensichtlich nicht. Zumindest hätte der Bundeswirtschaftsminister mitbekommen müssen, was sich da in Brüssel anbahnte. Ins Zeug gelegt für die Wahrung deutscher Interessen hat sich Herr Brüderle wahrhaftig nicht. Im Gegenteil, ihm scheint die Entwicklung ganz gut zu passen. Hat er doch schon am 21. Juli, einen Tag nach dem Vorschlag der EU-Kommission, diesen als im Grundsatz ganz vernünftig gelobt.

Auch wenn ihn die Kanzlerin wenige Stunden später öffentlich zurück gepfiffen hat, Brüderle trickst bis heute weiter. Und das auf unserem Rücken, Kolleginnen und Kollegen!

Er gefällt sich in der Rolle des Marktanbeters. Zumindest wenn es um die Kohle geht. In seiner Amtszeit als rheinland-pfälzischer Wirtschaftsminister steigerte er dagegen die Subventionen für den Weinanbau an Steilhängen um 200 Prozent. Ist ja auch wichtig für die Versorgungssicherheit.

Im von Brüderle mit ausgehandelten schwarz-gelben Koalitionsvertrag steht: Wir halten an der kohlepolitischen Verständigung vom 7. Februar 2007 fest. Und in seinem Amtseid hat der Wirtschaftsminister geschworen, die Gesetze des Bundes zu wahren und zu verteidigen. Das gilt immer, auch beim Steinkohlefinanzierungsgesetz. Doch davon kann auch nach dem Ordnungsruf der Kanzlerin keine Rede sein.

In mehreren Gesprächen habe ich Herrn Brüderle auf die Folgen seines Taktierens hingewiesen. So etwas ist mit der IG BCE nicht zu machen. Vor wenigen Tagen kam eine neue Finte in der Hinhaltenaktik des Bundeswirtschaftsministers: Obwohl ihm der Vorstand der RAG-Stiftung in einem Brief die Folgen eines vorzeitigen Endes der Beihilfen drastisch und detailliert geschildert hatte, verlangte Brüderle erneut genaue Zahlen und Rechenbeispiele. Er müsse das prüfen, ehe er sich bei den Verhandlungen in Brüssel festlegt. Und er sorgte dafür, dass seine Beamten am 21. September im Ausschuss der Ständigen Vertreter auch keine klare Position eingenommen haben.

Lasst es mich mal in klarem Deutsch sagen: Ohne neue Beihilferegulierung droht der Stiftung die Pleite. Und bei einem Kohle-Ausstieg 2014 würde ein erheblicher Betrag zur Finanzierung der Ewigkeitskosten fehlen und Massenentlassungen samt den sozialen Folgekosten wären unvermeidlich. In beiden Fällen müsste der Steuerzahler einspringen.

Was gibt es da noch zu prüfen? Auch wenn die Antwort Herrn Brüderle nicht gefällt: Ein vorzeitiger Kohle-Ausstieg würde teurer als die 2007 vereinbarte Regelung. Und Herr Brüderle weiß das auch, zumindest müsste er es wissen. Wozu haben wir denn vor der Einigung 2007 dicke Gutachten anfertigen lassen? Das Datum 2018 ist doch nicht vom Himmel gefallen, sondern Ergebnis ernsthafter Untersuchungen.

Ich habe deshalb dem Wirtschaftsminister geschrieben und ihn aufgefordert, dass sein Ministerium die deutsche Position und deutsche Interessen eindeutig und mit Nachdruck im nächsten Wirtschaftsminister-Rat zur Geltung bringt. Und ich habe ihm wegen der Eilbedürftigkeit vorgeschlagen, dass er kurzfristig die RAG-Stiftung, die RAG und die IG BCE zu einem Spitzengespräch einlädt, um die von ihm vorgeschobenen offenen Punkte endgültig zu klären. Dann muss Schluss sein mit den Spielchen. Sonst müssen die Bergleute Herrn Brüderle in Berlin einen Besuch abstatten und ihm das erklären.

Trotz guter Argumente, Rainer Brüderle werden wir nicht mehr zum Kohlefreund machen. Jetzt ist die Bundeskanzlerin gefragt. Unter ihrer Führung wurde 2007 die Kohle-Vereinbarung ausgehandelt. Sie kann sich die Sabotageakte ihres Wirtschaftsministers nicht länger bieten lassen.

Frau Merkel hat sich inzwischen mehrfach öffentlich geäußert und bekräftigt, sie werde in Brüssel dafür kämpfen, dass die Vereinbarung von 2007 umgesetzt werden kann. Das hat sie mir auch in einem persönlichen Gespräch versichert. Und ihr Regierungssprecher hat öffentlich unterstrichen, diese Zusage gelte ungeachtet der von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle geäußerten Sympathie für den Kommissionsvorschlag.

Das ist eine klare Ansage. Ebenso klar, wie das Versprechen, dass sie vor wenigen Monaten Ludwig Ladzinski gegeben hat. Ich zitiere wörtlich: „An den Vereinbarungen wird nicht gerüttelt, da gebe ich Ihnen meine Hand drauf.“

Auch wenn in den Zeitungen öfters zu lesen ist, die Kanzlerin vermeide klare Entscheidungen, ihre Aussagen zur Kohle könnten klarer nicht sein. Deshalb gilt für uns das Wort der Bundeskanzlerin. Schließlich hat sie die Richtlinienkompetenz der deutschen Bundespolitik. Sie ist die Chefin. Sie muss entscheiden.

Ich sage an dieser Stelle aber auch: Wir erwarten Vertragstreue. Wir haben einen Anspruch darauf, weil wir uns an die Abmachungen halten.

Morgen wird auf dem Bergwerk Ost in Hamm die letzte Kohle gefördert. Nicht, weil keine Kohle mehr da ist. Sondern weil wir vertragstreu sind. Morgen wird wieder ein Stück Industriegeschichte abgeschlossen. Und morgen verändern wieder viele Menschen ihr Leben und ihre Arbeit. Die Stilllegung ist eine direkte Folge der Vereinbarungen von 2007. Ein bitterer Tag für alle Betroffenen, aber wir stehen zu unserem Wort. Dass dennoch heute auch die Bergleute von Ost an unseren Aktionen teilnehmen finde ich großartig.

Auch die saarländischen Bergleute, die wegen der Stilllegung des Bergwerks Saar nach Nordrhein-Westfalen verlegt werden, sind ein anschauliches Beispiel, welche Opfer wir für Vertragstreue bringen müssen.

Deshalb sage ich unmissverständlich: Wir betteln und bitten nicht, wir verlangen nur das, was uns zusteht. Wir erwarten, dass die Bundeskanzlerin Wort hält.

Was wir tun können, um ihren Bemühungen in Brüssel zum Erfolg zu verhelfen, werden wir tun. Dazu gehört auch, dass wir Herrn Oettinger geweckt haben. Es ist schon erstaunlich: Bei der Sitzung der EU-Kommission, die den Beihilfe-Vorschlag beschlossen hat, fehlte ausgerechnet der für Energie zuständige Kommissar. Letzte Woche haben Ludwig Ladzinski und ich persönlich mit Kommissar Oettinger gesprochen. Er hat immerhin erkennen lassen, dass er das Thema nun ernst nimmt und es ihm an einer sozialen Absicherung der Bergleute liegt. Wir haben ihm klar gemacht, dass wir von ihm erwarten, dass er als deutscher Kommissar in der Kommission das Verständnis für den deutschen Kohle-Pakt und seine Besonderheiten vergrößert.

Außerdem habe ich allen EU-Kommissaren in einem persönlichen Schreiben noch einmal detailliert erläutert, welche schädlichen sozialen und wirtschaftlichen Folgen ein vorzeitiges Ende des Steinkohlenbergbaus hätte. Federführend bei den EU-Kohlebeihilfen ist zwar der spanische Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia, aber die Kommissionsvorschläge werden von allen Kommissaren gemeinsam gemacht. Kommissar Almunia hat im April bei der Sitzung unseres IG-BCE-Beirats in Bonn gesprochen, und er unterstützt unser Anliegen.

Einen Brief mit ähnlichem Inhalt habe ich auch an die für Wettbewerb zuständigen Minister aller EU-Mitgliedstaaten geschickt.

Günther Oettinger hat angedeutet, die Kommission würde sich bewegen, wenn im Gegenzug endgültig ein Datum für das Ende der deutschen Kohle festgelegt würde. Im Klartext: Wir sollen auf die Revisionsklausel verzichten. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller ist auf diesen Zug aufgesprungen. Er will die Revisionsklausel im Tausch gegen eine Beihilferegulierung bis 2018 aufgeben. Der hat gut reden, schließlich wird das letzte Bergwerk an der Saar 2012 geschlossen. Dann ist er fein raus. Das sind mir die richtigen Kämpfer für die Kohle: Das eigene Schäfchen bringen sie ins Trockene, die anderen sollen sehen, wo sie bleiben.

Wir haben eine andere Vorstellung von politisch verantwortlichem Handeln. Wir haben 2007 einen Kompromiss gemacht, der an die Grenzen des Möglichen geht. Dem hat Peter Müller zugestimmt. Übrigens auch Günther Oettinger, damals noch Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Der Bundesrat ließ damals das Steinkohlefinanzierungsgesetz ohne Gegenstimmen passieren, ja er würdigte es sogar als historisch.

Es gibt heute überhaupt keinen Anlass, am Kohle-Pakt herumzufummeln. Die Revisionsklausel steht ohnehin in keinem sachlichen Zusammenhang mit den Beihilfen. Das Datum 2012 wurde ja nicht willkürlich gewählt, sondern bewusst unter energiepolitischen Aspekten. Die Revisionsklausel sieht vor, dass 2012 geprüft wird, ob der Ausstieg aus der Steinkohle noch zur energiepolitischen Wirklichkeit passt und ob es ökonomische

Verbesserungen der Bedingungen gibt. Das hat mit zweifelhaften wettbewerbpolitischen Argumenten überhaupt nichts zu tun. Da muss der Eindruck entstehen, als würden in Brüssel Entscheidungen in Form eines Kuhhandels getroffen.

Für unsere Sache gibt es drei Wege. Die europäischen Verfahrensregeln sind kompliziert. Der Kommissionsvorschlag muss nun vom sogenannten EU-Wettbewerbsrat, also dem Rat der Wirtschaftsminister behandelt werden. Dort kann er mit einer Sperrminorität von 91 Stimmen gestoppt werden. Das ist möglich, hilft uns aber nicht weiter. Denn dann läuft die jetzt gültige Beihilferegulung Ende 2010 aus und ab 2011 gilt das allgemeine EU-Beihilferecht. Dann müsste die EU-Kommission Einzelfallentscheidungen treffen, die noch ungünstiger für Deutschland ausfallen dürften.

Die zweite theoretische Möglichkeit ist, dass der Ministerrat den Kommissionsvorschlag einfach gegen den Willen der Kommission ändert. Dazu müsste die Entscheidung einstimmig fallen. Das ist völlig unrealistisch.

Bleibt nur der dritte Weg, der hohes diplomatisches Geschick erfordert. Der Ministerrat beschließt mit qualifizierter Mehrheit von 255 Stimmen und 14 Mitgliedstaaten, den bisherigen Kommissionsvorschlag zu ändern. Die Kommission macht dann auf dieser Grundlage einen neuen Vorschlag für eine Kohle-Beihilfeverordnung.

Eine Entscheidung wird vermutlich erst im Wirtschaftsministerrat am 10. Dezember fallen. Wenn dort keine Einigung möglich ist, müssten eine Woche später die Regierungschefs entscheiden.

Ihr seht, vor uns liegt noch ein langer, schwieriger Weg. Wir werden starke Nerven brauchen. Wir müssen aufmerksam bleiben. Und vorbereitet sein für schnelles Handeln.

Zunächst führen wir heute fünf Betriebsversammlungen durch und sind in Brüssel nicht zu übersehen. Das Signal heute ist: Wir sind am Ball, wir sind gut informiert, wir beobachten die Entwicklung genau, wir stehen bereit.

Wir haben 2007 bewiesen, dass wir innerhalb einer Nacht mehrere Tausend Bergleute mobilisieren können. Die Demonstration vor dem Landtag in Düsseldorf – viele von Euch waren dabei - war eine politische und organisatorische Glanzleistung, die erst die Einigung möglich gemacht hat, auf die wir heute bauen.

Wenn nötig, werden wir das wiederholen. Wir kennen den Weg nach Brüssel, und wir kennen auch den Weg nach Berlin. Wir werden mit allen Mitteln dafür streiten, dass der Kohle-Pakt von 2007 Bestand hat. Kein Bergmann fällt ins Bergfreie. Dieses eiserne Prinzip steht für uns nicht zur Disposition. Abgemacht ist abgemacht.

Glück auf!